



Für die Sicherheit der Bürger

Kriminalität und Terrorismus
entschlossen bekämpfen

Aktualisierte Auflage



Warum ist der Union die innere Sicherheit so wichtig?

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die Wahrung der inneren Sicherheit eine zentrale Aufgabe der Politik. Sicherheit und Freiheit sind untrennbar miteinander verbunden, denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit.

Jeder hat das Recht auf Schutz vor Kriminalität und Gewalt. Das gilt für den öffentlichen Raum genauso wie für die eigenen vier Wände. Auch wenn Deutschland nach wie vor zu den sichersten Ländern der Welt gehört, gibt es immer wieder neue Bedrohungen, auf die der Staat reagieren muss. Dazu zählen derzeit vor allem der islamistische Terrorismus und die organisierte Kriminalität.

Wie hat die Koalition die Sicherheitsbehörden gestärkt?

Sicherheit beginnt mit ausreichendem Personal. Die Stellen bei Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz sind deshalb auf Betreiben der Union in dieser Legislaturperiode massiv aufgestockt worden. Bis 2020 soll es bei den Sicherheitsbehörden des Bundes 10.000 zusätzliche Stellen geben. Davon entfallen allein 7.500 auf die Bundespolizei. Darüber hinaus werden zwischen 2017 und 2020 mehr als zwei Milliarden Euro zusätzlich für eine bessere Ausstattung der Sicherheitskräfte bereitgestellt. Außerdem erhält die Bundespolizei zum besseren Schutz und zur besseren Strafverfolgung mobile Kameras, sogenannte Bodycams.

Wie wird die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden national und international verbessert?

Für die optimale Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten ist das 2004 geschaffene „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) des Bundes und der Länder in Berlin von zentraler Bedeutung. Die Bund-Länder-Zusammenarbeit wurde weiter ausgebaut und insbesondere die Nutzungsmöglichkeiten gemeinsamer Dateien verbessert. Darüber hinaus hat die Bundespolizei eine neue Einheit im Kampf gegen den Terrorismus aufgebaut, die vor allem in akuten Bedrohungssituationen zum Einsatz kommen soll.

Verbrecher und Terroristen machen nicht vor Landesgrenzen halt und nutzen die Schwächen der Polizeistrukturen gezielt aus. Die Koalition hat deshalb die Rechtsgrundlagen für einen besseren Informationsaustausch und gemeinsame Daten mit ausländischen Sicherheitsbehörden geschaffen und unterstützt die weitere Stärkung des Anti-Terror-Zentrums bei Europol.

Welche Bedeutung haben Verbindungsdaten für die Arbeit der Polizei?

Straftäter nutzen bei der Begehung von Straftaten immer häufiger moderne Kommunikationsmittel. Verbindungsdaten sind oft die einzige Möglichkeit, ihnen auf die Spur zu kommen. Auf beharrliches Drängen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Koalition deshalb die gesetzlichen Voraussetzungen für die Speicherpflicht von Verbindungsdaten bei besonders schweren Straftaten wie Kinderpornografie, Terrorismus und organisierter Kriminalität geschaffen. Ermittler können nun auf diese Daten, zu denen zum Beispiel angerufene Handy-Nummern gehören, unter klaren Bedingungen zugreifen. Inhalte von Gesprächen oder E-Mails werden hingegen nicht gespeichert. Mit den neuen Befugnissen wird die Aufklärungsarbeit von Polizei und Strafermittlern bei schweren Straftaten erheblich erleichtert.

Wie lassen sich die Außengrenzen des Schengenraums besser sichern?

Die meisten Mitglieder der EU sowie die Schweiz und Norwegen sind Unterzeichner des Schengenabkommens. Sein Kern ist die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen. Diese Freiheit muss trotz der Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus, kriminelle Banden und illegale Migration bestehen bleiben. Die Überwachung der Außengrenzen des Schengenraums ist dafür unbedingte Voraussetzung.

Die Koalition begrüßt, dass die europäische Grenzschutzagentur Frontex mehr Befugnisse und Personal erhalten hat und unterstützt die rasche Umsetzung des von der EU-Kommission vorgeschlagenen Paktes „Intelligente Grenzen“. Dazu gehört der Aufbau eines Ein- und Ausreiseregisters, mit dem Ort und Zeitpunkt der Ein- und Ausreise künftig gespeichert werden sollen. Als wichtigen Schritt hat die Koalition die nationale Rechtsgrundlage für die Einführung eines Europäischen Flugpassagierdatensystems (PNR) geschaffen. Auch Fahndungsdaten sollen künftig zentral gespeichert und abrufbar sein.

Was wird zur Überwachung der nationalen Grenzen getan?

Bis der Schutz der Außengrenzen lückenlos gesichert ist, müssen auch die nationalen Grenzen verstärkt überwacht werden. Insbesondere die Zusammenarbeit

mit Österreich und der Schweiz wurde deshalb intensiviert. Darüber hinaus hat die Bundespolizei die Befugnis erhalten, PKW-Kennzeichen mit automatischen Lesegeräten zu erfassen. Daneben wird die Schleierfahndung, das heißt die verdachtsunabhängige Kontrolle von Personen im grenznahen Bereich, von den meisten Bundesländern weiter zur gezielten Verbrechensbekämpfung genutzt.

Welche Maßnahmen hat die Koalition gegen den islamistischen Terrorismus ergriffen?

Die Union hat dafür gesorgt, dass die Koalition wesentliche Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus umgesetzt hat. So sind nicht nur Reisen von Dschihadisten in Kriegsgebiete zum Zweck einer Terrorausbildung strafbar. Strafbar macht sich jetzt bereits, wer allein mit der Absicht ausreist, sich einer terroristischen Organisation anzuschließen. Um Dschihadisten an der Ausreise zu hindern, können ihnen Reisepass und Personalausweis entzogen werden. Gefährliche Personen, sogenannte Gefährder, können intensiver überwacht werden. Auch der Einsatz der elektronischen Fußfessel ist dazu nun möglich. Darüber hinaus wurde die Abschiebung von Gefährdern erleichtert. Sie können jetzt leichter in Haft genommen werden, um die Ausreisepflicht auch tatsächlich durchzusetzen. Der Bundesinnenminister hat außerdem mehrere islamistische Vereine verboten. Gleichzeitig hat die Union verschiedene Präventionsinitiativen zur Bildung und Aufklärung über islamischen Extremismus angestoßen.



Die Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung wurde verschärft. Innereuropäische Finanztransfers zur Terrorismusbekämpfung können künftig besser überwacht werden. Die Koalition hat zusätzlich dafür gesorgt, dass die Abschöpfung von Vermögen, das aus kriminellen Taten stammt, erheblich vereinfacht wird. Damit sinkt der Anreiz, Straftaten zu begehen.

Was tut die Koalition gegen organisierte und Internet-Kriminalität?

Der Kampf gegen die international tätige organisierte Kriminalität stellt die Polizei vor immer neue Herausforderungen. Das Bundeskriminalamt hat daher seine eigens hierfür eingerichtete Koordinierungsstelle erheblich ausgebaut.

Straftaten gegen das Vermögen lohnen sich für den Täter nur dann, wenn er die rechtswidrig erlangten Vorteile auch nutzen kann. Die Koalition hat deshalb den Straftatbestand der Geldwäsche verschärft und die Verschleierung der Herkunft kriminellen Vermögens deutlich erschwert.

Die Kriminalität im Internet spielt für die Sicherheit einer Gesellschaft eine immer größere Rolle. Das gilt besonders für Angriffe gegen kritische Infrastrukturen. Mit dem IT-Sicherheitsgesetz hat die Koalition die Voraussetzungen für einen besseren Schutz geschaffen. Außerdem wird das Cyber-Zentrum zu einem IT-Krisenreaktionszentrum ausgebaut.

Wie können Wohnungen besser vor Einbrüchen geschützt werden?

Die Bundesländer sind aufgefordert, mehr Polizisten einzustellen. Auf Bundesebene setzt die Koalition neben verstärkter Polizeipräsenz vor allem auf Prävention. Einbruchsschutz ist der Union ein wichtiges Anliegen. Prävention ist besonders wirksam, denn rund 40 Prozent der Wohnungseinbrüche bleiben im Versuchsstadium stecken. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion konnte durchsetzen, dass für Maßnahmen von Mietern und Eigentümern zur besseren Sicherung ihrer vier Wände – wie einbruchssicherere Türen oder Fenster – 50 Millionen Euro pro Jahr bereitgestellt werden. Um das KfW-Programm für Mieter noch attraktiver zu machen, werden jetzt bereits Maßnahmen ab 500 Euro gefördert.



Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in der Koalition durchgesetzt, dass der Wohnungseinbruchsdiebstahl endlich als Verbrechen mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr bestraft werden kann. Ermittler können danach auch auf gespeicherte Vermittlungsdaten zurückgreifen. Beides schreckt potenzielle Täter ab und gibt der Polizei mehr Mittel zur Aufklärung.

Was hat die Koalition für die Sicherheit im öffentlichen Raum getan?

Die Menschen in Deutschland haben einen Anspruch darauf, sich an jedem Ort und zu jeder Zeit sicher fühlen zu können. Das gilt insbesondere für Frauen. Die Union setzt sich deshalb für verstärkte Polizeipräsenz ein und hat dafür gesorgt, dass moderne Überwachungstechnik – wie zum Beispiel Videokameras – leichter eingesetzt werden kann. Sie hat außerdem darauf gedrungen, dass das Ausweisungsrecht für schwere Straftäter verschärft wurde.

Bei sexueller Gewalt kann es keine Toleranz geben. Die Koalition hat daher Strafbarkeitslücken bei Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexueller Belästigung geschlossen.

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Presse und Information
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030. 2 27-5 53 74 · F -5 01 46
fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Bürgerinformation

T 030. 2 27-5 55 50
fraktion@cducsu.de

Satz/Layout

Heimrich & Hannot GmbH

Druck

Industriedruck GmbH
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger Waldbewirtschaftung

Bildnachweis

© Bundespolizei, www.fotolia.com/BillionPhotos.com,
Tomasz Zajda

Bundestagsdrucksachen

18/4350 Bekämpfung der Korruption;
18/8210 Änderung des Strafgesetzbuches –
Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung;
18/4087 Verfolgung der Vorbereitung von schweren
staatsgefährdenden Gewalttaten;
18/1565 Änderung des Antiterrordatei-Gesetzes;
18/3831 Änderung des Personalausweisgesetzes und
Passgesetzes, Einführung eines Ersatz-Personalausweises;
18/4096 IT-Sicherheitsgesetz;
18/5088 Einführung einer Speicherpflicht und einer
Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten;
18/11546 Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht;
18/10941 Videoüberwachungsgesetz;
18/12359 Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches –
Wohnungseinbruchsdiebstahl

Stand

Juni 2017

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

**Weitere Publikationen kostenlos zu bestellen unter
www.cducsu.de/publikationen.**